

Erste Ausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Postamtstraße 23.
Besprechungsstunden der Redaction:
Bismarckstraße 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Die in dieser Zeitung eingetragenen
Anzeigen werden nach dem
Gesetze vom 17. März 1844
für die Anzeigen der
ersten Klasse berechnet.
Für die zweite Klasse wird
die Hälfte, für die dritte
die Hälfte der ersten Klasse
berechnet.
Für die vierte Klasse wird
die Hälfte der zweiten Klasse
berechnet.
Für die fünfte Klasse wird
die Hälfte der dritten Klasse
berechnet.
Für die sechste Klasse wird
die Hälfte der vierten Klasse
berechnet.
Für die siebente Klasse wird
die Hälfte der fünften Klasse
berechnet.
Für die achte Klasse wird
die Hälfte der sechsten Klasse
berechnet.
Für die neunte Klasse wird
die Hälfte der siebten Klasse
berechnet.
Für die zehnte Klasse wird
die Hälfte der achten Klasse
berechnet.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr.,
incl. Postgebühren 5 Thlr.,
durch die Post bezogen 6 Thlr.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postgebühr 25 Pf.
mit Postgebühr 45 Pf.
Jahrespreis 50 Pf. Postgebühren 30 Pf.
Größere Schriften laut aufgegebenem
Preisverzeichnis. — Labelschriften
nach 1/2 Thlr. Taxe.

Reclamen unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Pf.
Zusätze sind nach dem d. Capitel
zu zahlen. — Abdruck wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postwechsel.

№ 318.

Freitag den 14. November 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Der zweite Termin der städtischen Grundsteuer ist am 1. November nach
Wunsch vom Lande des im Kataster eingeschriebenen Grundbesitzes
fällig und werden die Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge von diesem Tage ab,
bis spätestens 14 Tage nach demselben an die Stadt-Steuer-Einnahmeämter — Größt 61, Mauer Parität,
1. Stock — zu bezahlen, da nach Ablauf der Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Säumnigen ein-
treten müssen.
Gleichzeitig ist von dem genannten Tage ab und spätestens binnen 14 Tagen nach demselben die Stre-
ckung von Grundbesitzern evangelisch-lutherischer Confession nach Höhe von 7 1/2 auf eine
Einheit oder je 1000 A des im Kataster bestehenden Grundbesitzes mit zu entrichten, wogegen
Grundbesitzer, welche Mitglieder einer andern mit eigenem Gotteshaus am Orte bestehenden
anerkannten Religions- oder Confessionsgemeinschaft sind, nur den dritten Theil des sonst auf ihren
Grundbesitz bez. ihren Antheil fallenden Beitrags zu den Parochialanlagen zu bezahlen haben.
Leipzig, den 20. October 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Laube.

Bekanntmachung.

Die Unruhen-Arbeiten an der Weißbrücke sind vergeben und werden die unbedürftig geliebten
Deren Bewerber hieron in Kenntniß gesetzt.
Leipzig, am 10. November 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Korbweiden-Auction.

Mittwoch den 19. November d. J. sollen von Vormittags 10 Uhr an auf Burgauer Hofstr. 10
hinter der Weidenroth'schen Biogel in und am neuen Schützenhaus
ca. 2000 Gebund Korbweiden
unter dem im Termin bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung nach dem
Aufsatze an den Reißbinder verkauft werden.
Zusammenkunft: hinter der Weidenroth'schen Biogel in der Nähe der Waldstraße.
Leipzig, am 11. November 1879.
Des Raths Hofdeputation.

Bekanntmachung.

Der Vorbereitungsausschuss für den zweiten diesjährigen Festtag findet Donnerstag den 20. November,
und zwar nur in der Thomaskirche statt.
Leipzig, den 11. November 1879.

Die Kircheninspektion für Leipzig.

Der Superintendent.
Dr. Fr. W. Valentiner, l. v. Epa.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Die politische Lage.

Der Besuch des französischen Botschafters St.
Baller in Berlin, die Abreise des Grafen
Schwarzenberg nach London und die Botschaft im
Besuche des Czaren in Berlin und Wien
sind die Ereignisse der Tagesordnung der politischen Be-
sprechung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das
deutsch-österreichische Bündniß den Mittelpunkt
aller Bewegungen der Diplomatie und der Politik
bildet und den Reichstag in vollem Maße er-
füllt, um die nach außen und nach innen ange-
langene Partei zu Ende zu spielen. An aussei-
nend freundschaftlichen Schätzungen seiner Gegner fehlt
es bis jetzt nicht; doch das von wohlworbendem
Ruhm gehobene Talent des deutschen Staats-
mannes scheint über alle Hindernisse zu siegen.

Sohe Militärs verdienen allerdings nicht, daß
die Entwicklung der Dinge in Frankreich schwere
Besorgnisse am eigentlich leitenden Orte erzeugt
hat und daß man es für geboten hält, das em-
pfindlich gemordete Ausland an Deutschland heranzu-
ziehen, damit es nicht der französischen Allianz
anheimfalle. Die Besuche St. Baller's und des
russischen Thronfolgers sind aber das Werk des
Reichstages, wenn es auch richtig ist, daß Kaiser
Wilhelm in einem Austausch freundschaftlicher
Besprechungen mit dem Czar den russischen Thron-
folger zum Besuche des Berliner Hofes einladet.
Es ist kein Segen-Schach, der die Reise St.
Baller's nach Berlin zur Folge hatte, sondern
das natürliche Ergebnis einer Politik, die nach
geschehenen Thatsachen beruhigend nach allen Seiten
hin einwirken muß.

Weiter wird versichert, daß alle die Folgerungen,
welche aus diesen Verhältnissen sich für die Stellung
des Fürsten Bismarck ergeben, nur auf Ver-
änderungen beruhen. Der deutsch-österreichische
Vertrag enthält, wie betont wird, so feste Be-
stimmungen (die gegen das Austreten einer deutsch-
sowjetischen russischen oder französischen Politik ge-
richtet sind), daß Niemand, am wenigsten Kaiser
Wilhelm, die Bedeutung dieser Abmachungen durch
russische Begehungen abschwächen will. Man
weiß in Berlin nichts von einer moscovitischen
Camarilla, welche sich an der Kreuzzeitungs-
partei anheime und am dem Sturze Bismarck's ar-
beitet. Im Gegentheil hört man, daß die
alle lutherisirende Protestantenpartei am Hofe,
die sich größere Sympathien für Oesterreich
und Bayern hegte, bewußt ist, das Bündniß
mit Oesterreich immer fester zu schmären, um
endlich das Schlagwort ihrer obersten Instanz,
den „Frieden der beiden Confessionen“ in Preußen
zur Geltung zu bringen. Sie verstehen darunter
den Frieden mit Rom unter Bedingungen, die
allerdings Fürst Bismarck bis vor Kurzem nicht
zugestehen mochte, die aber jetzt auf dem Wege
der Bewirklichung sein sollen. Auch das wird
nach der Ansicht angenommen sein. Jedenfalls
glaubt ein guter Theil der ultramontanen Ab-
geordneten, daß sie mit einem zunehmenden Bo-
stum für die Eisenbahnvorlagen eine Politik treiben
würden, deren Erfolg noch in der Luft schwebt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 18. November.

In einer Reihe von Blättern finden sich fort-
gesetzt Meldungen, daß bereits im nächsten Reichs-
tag eine Vermehrung des Reichsheeres be-
trachtet werden solle. Es werden über die ange-
gebenen militärischen Verhältnisse die genauesten
Angaben verbreitet. Diese Differenz von 25 Mill.
Mark zwischen den bisherigen und den neuen Be-
stimmungen des Reichs, über deren Verwendung
allerdings noch Dunkel herrscht, sollte angeblich
für diese Heeresvermehrung bestimmt sein. Offi-
cielle Correspondenten und militärische Organe
haben diese Meldungen bereits widersprochen.
Es dürfte aber zweifelhaft sein, in Erinnerung zu

bringen, daß in §. 1 des Reichsmilitärgesetzes die
Friedenspräsenzstärke des Heeres für die Zeit vom
1. Januar 1875 bis zum 31. December 1881
ziffermäßig festgestellt ist und ebenso die Formati-
on aller Truppengattungen. Die Erhöhung der
Präsenzstärke, die Errichtung neuer Regimenter
kann also vor Ablauf des bekannten siebenjährigen
Zeitraums mit dem 31. December 1881 unmöglich
beabsichtigt sein, wenn man nicht gleichzeitig diesen
ganzen Theil des Reichsmilitärgesetzes aufheben
wollte, woran doch ernstlich Niemand denken wird.
Es liegt hier augenscheinlich eine Verwechslung
vor. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke,
entsprechend dem Wachsthum der Bevölkerung seit
Erlaß des Militärgesetzes, und die Bildung neuer
formationen liegt allerdings im Plane der Kriegs-
verwaltung; es ist dies längst bekannt und von
den militärischen Blättern anderer Wissens-
gebiete anerkannt worden. Aber die Ausführung kann
nach der Sache vor Ablauf der sieben Jahre nicht
angestrebt werden, und die betreffenden Vorschläge
können nicht an den nächsten, sondern erst an den
Reichstag des Jahres 1881 gebracht werden.

Die Eisenbahnvorlage im preussischen
Abgeordnetenhaus ist auch am Mittwoch noch
nicht zu Ende gekommen. Den Standpunkt der
Minorität der nationalliberalen Partei vertrat
der Abg. Riecke, indem er als Folge der Ver-
staatlichung eine ungeheure Erhöhung der Staats-
verwaltung, eine schädliche Centralisation der Ver-
waltung und eine übermäßige Gewalt in der Hand
eines Mannes voraussetzte, von dem in Rede
stehenden Bürgerthum kein Heil erwartete und
die Rechnung auf eine billigere Verwaltung bei
größerer Eintheillichkeit derselben für einen Irrthum
erklärte. Ihm antwortete von conservativer Seite
der Abg. v. Rauchhaupt, der im militärischen,
finanziellen, volkswirtschaftlichen und social-
politischen Interesse, insbesondere auch als Mittel
zur wirklichen Durchführung der neuen Poli-
tik, die Concentration des Eisenbahnwesens
in der Hand des Staats für unerlässlich er-
klärte. Nachdem der Staat bereits 1600 Mill.
Mark in seine Bahnen gesteckt habe, sei er die
Durchführung des Staatseisenbahnwesens dem Lande
einfach schuldig. Der conservativere Redner constati-
erte, daß mit Hilfe der Nationalliberalen bereits
eine Majorität gewonnen sei; jedoch war ihm der
Gedanke schmerzlich, das Centrum in der Reichs-
haltung und Opposition erblicken zu müssen. Das
Taxiwesen müsse der ausschließlichen Verfügung
des Ministers entzogen und entweder durch Rit-
zung eines Eisenbahnrats oder durch Feststel-
lung bei der Staatsverwaltung geregelt werden;
auch sei der Gedanke zu erwägen, des Anlage-
capital der sämtlichen Staatsbahnen zu einem
vom Etat getrennten, sich selbst amortisirenden und
verzinsenden Fonds zu erheben. In fast zweistün-
diger Rede eroberte dann noch einmal der Abg. Riecke
Berlin seine Stimme gegen die Eisenbahnvorlagen.
Der fortschrittliche Redner war bezüglich der
Eisenbahnpolitik den Conservativen sowohl wie
dem Centrum die ärgsten Widersprüche gegen ihre
haltung vor wenigen Jahren vor und sagte die
ganze Summe der Anlagen, die gegen das Staatseisen-
bahnwesen erhoben zu werden pflegen, als Ver-
nachlässigung der Interessen des Publicums, theure
Verwaltung, Ueberzahl der Beamten, unbillige
Vertheilung der militärischen Rücksichten und
vergleichen noch einmal zusammen. Bei dem jetzt
beliebten Schmähen gegen die Privatbahnen über-
sehe man gar die ungeheuren Verdienste des bis-
herigen Systems an die Entwicklung unserer
Verkehrsverhältnisse. Zwar spreche man, während
die ganze Strömung der Zeit nach einer fast social-
demokratischen Staatsallmacht gehe, auf allen Seiten
des Abgeordnetenhauses von Bürgerthum in Eisen-
bahnwesen. Es zeige Das von Bewusstseinsbedenken;
allein die vorgeschlagenen Bürgerthum, namentlich
der Eisenbahnrat, würden praktisch werthlos sein.
Wohl werde jetzt eine neue Acta im Eisenbahn-

wesen beginnen, aber eine solche, die sich als ein
verhängnisvoller Irrthum erweisen werde. Nach
einer kurzen Bestätigung der Vorlagen durch
den freiconservativen Abg. Reuschner und nach-
dem der Minister Raybach den schmerzlichen
und aufsehenerregenden Ausfall, den er sich in der
vorigen Verhandlung gegen das Justizgesetz der Börse
als „Gistbaum“ gefallen hatte, richtigstellen und
abzuschwächen versucht hatte, wurde die Verhandlung
der Debatte auf Donnerstag beschlossen.

Die in Vorstehendem erwähnte Kennerung des
Ministers Raybach lautete folgendermaßen:
„Allerdings wird durch die Verstaatlichung der
Eisenbahnen manches persönliche Interesse verletzt.
Denken Sie nur an die Directoren (Reichsbank) und
an deren Clientel; ich könnte darüber mit interes-
santen Details aufwarten. Die Börse hat auch ein
Interesse, daß die Privatbahnen weiter bestehen, denn
bei jeder Manipulation derselben war immer etwas
zu verdienen. Indessen ich rechne mir zum Verdienste
an, daß in dieser Beziehung die Intelligenz der Börse
beschränkt ist. (Beifall rechts.) Ich glaube, daß die
Börse ein Gistbaum ist, der über das Leben des
Volkes seinen Schatten verbreitet, und dem die
Bürger zu beschneiden halte ich für dienlich.“
(Beifall rechts.)

Begreiflicher Weise hat dieser Ausdruck im
Hause wie außerhalb desselben das größte Auf-
sehen erregt. Der Abg. Richter warf dem Mi-
nister die Kennerung entgegen: Wenn Herr Ray-
bach die Börse als einen Gistbaum bezeichnet
habe, dessen Wurzeln er beschneiden wolle, so müsse
er (Richter) sagen, daß der Herr Minister von
dem Wesen der Börse, vom Handel und Ver-
kehr auch nicht die blasseste Ahnung habe.
Dieser Ausspruch wurde von der Linken mit leb-
haftem Beifall, von der Rechten aber mit Wider-
spruch aufgenommen. Der Redner erklärte
weiter: Die Börse wisse sehr gut, was sie thue,
und sie sehe gerade den Herrn Minister für
ihren größten Wohlthäter an. Die ganze neue
Wirtschaftspolitik habe keinen größeren Anhänger
als die Börse, und wenn einmal in den Zeitungen
das Gerücht von der Entlassung des Herrn
Ministers verbreitet werden sollte, so würde
der Gistbaum die Blätter hängen. Selbst-
verständlich erregten die letzten Worte die Heiterkeit des
Hauses, aber der Ernst der Sache forderte doch
den Minister Raybach auf, zum Schluß der
Sitzung bei seiner früheren Behauptung zu be-
harren, indem er von Neuem die Börse als das
schleischende Gift für die Verkehrsinteressen bezeich-
nete. Größere Aufregung hat das Urtheil Ray-
bach's über die Börse in den geistlichen Kreisen
dieser letzteren selbst hervorgerufen. Unmittelbar
nachdem die verhängnisvollen Worte gesprochen,
trat das Orien-Comm-Fariat gemeinsam mit dem
Syndicus des Kellerei-Collegiums in einem Reken-
raum des Börsensaales zu einer Sitzung zu-
sammen, in welcher über die Angelegenheit be-
rathen und über sofort zu ergreifende Schritte Be-
rathung gepflogen wurde. Nach halbständiger Be-
rathung wurde einstimmig der folgende Beschluß
gefaßt und sofort der Börse verkündet: „Das
Orien-Comm-Fariat giebt dem Kellerei-Collegium
der Berliner Kaufmannschaft Kenntniß von der
tiefergehenden Entrüstung und Erregung, welche
an der Börse über die Kennerung, die der Minister
Raybach in der gestrigen Sitzung des preussischen
Abgeordnetenhauses geäußert hat, herrscht. Es
fordert das Kellerei-Collegium auf, sofort, sofern
die Kennerung ihrem Wortlaut nach mit dem von
allen Zeitungen gleichlautend gemeldeten Vor-
haben übereinstimmt, offizielle Schritte zu ergreifen,
um eine Remedur eintreten zu lassen.“ — Es
scheint fast, als ob die Vertheidigung preussischer
Minister der neuen conservativ-liberalen Acta zu
einem ganz besonders interessanten Kapitel ver-
helfen sollte, nach dessen Traditionen man sich in
der preussischen Geschichte allerdings vergeblü-
ckelt.

Der Londoner „Economist“ hatte in einem

die „Unruhe Deutschlands“ überschriebenen
Wortspiel behauptet, Teutschland strebe, daß es bei
dem Verschwinden der außergewöhnlich großen
Männer in Oer und Diplomatie, deren es sich
gegenwärtig erfreue, nur gewöhnliche Kräfte zum
Ersatz haben werde. Deutschland misstrauet der
so außerordentlich vervollkommenen Maschine
seines Heeres; sie habe einmal unter der Führung
außerordentlicher Männer Großes geleistet; sie
werde ins Stodden gerathen, sobald gewöhnliche
Männer an die Spitze treten. — Dabei erinnert
das Blatt an Jena. Darauf entgegnet die
„Weser-Zeitung“:

Gerade die Jenaer Katastrophe ist eine Lehre
gewesen, die noch heute jedem Officier, ja jedem
gebildeten Deutschen in den Knochen fest, und um
nicht wieder in den Fehler von damals zu verfallen,
wird stets bedeutende Vorlesung getroffen. Das
Blatt bildet sich ein, eine kleine Alique von Jena
handhabte die oberste Leitung des Heeres wie ein
großes Geheimniß, in das Niemand hineinschauen
dürfte; es kennt nicht jene sorgsame Vorbereitung
der Officiere von den subalternen Stellungen an
bis in die höchsten Chargen hinein, für die höchsten
und wichtigsten Commandos; es weiß nicht, daß in
ununterbrochener Stufenfolge ein neuer Generalstab
herangezogen wird, um die Traditionen des alten zu
übernehmen, d. h. nicht eine ererbte Tradition,
sondern die, durch Uebung und Studium fest auf
der Höhe der Kriegskunst und Kriegswissenschaft zu
bleiben. Und wenn die Zeit kommt, daß uns das
große militärische Genie eines Volkes entziffert
wird, und wenn dann auch wirklich kein zweiter da
ist, der sich als ebenbürtiger Erbe legitimiren könnte,
jene Tradition wird bleiben und angestrebt werden
wird sie nie außer Acht gelassen werden können.
Das Verhältnis des Kaisers zu seinem Heere, das
nicht die leiseren Anzeichen auf Veränderung birgt,
dürft schon dafür; aber dafür haben Engländer eben
keinen Begriff.

In der Sitzung des ungarischen Unterhauses
am 12. November erklärte im Laufe der Debatte
über die Vorlage betreffend die Verwaltung
Bosniens der Ministerpräsident Tisza, die
bosnische Angelegenheit sei keine innere, sondern
eine beiden Reichshälften gemeinsame. Sollte die
Vorlage verworfen werden, so würde für einen
anderen Vorschlag keine Majorität vorhanden
sein. Die von der Opposition bestrittenen Ge-
fahren seien nicht eingetreten. Die Anklage, daß
die Regierung russische Politik getrieben, habe
sich als ungerecht erwiesen. Die Besetzung des
Landes habe höchstens eine Erhaltung der Be-
ziehungen Oesterreich-Ungarns zu dem Staate, mit
welchem die Opposition Krieg zu führen wünschte
(Rußland), verursacht. Die vorgebrachten Ar-
gumente richteten sich gegen die Besetzung selbst,
aber nicht gegen die Vorlage, welche an der
Thatsache der Besetzung nichts ändern könne.
Gefährlicher wäre eine von der österreichisch-
ungarischen Monarchie unabhängige Regierung
in Bosnien. Jedenfalls sei es vorzuziehen,
daß Bosnien unter der Herrschaft Oesterreich-
Ungarns sei, als daß dort dem Namen nach
die Türkei und in Wirklichkeit Rußland oder der
Panславismus herrsche. Die Errichtung einer
unabhängigen Regierung in Bosnien würde den
Festfall des Dualismus in Oesterreich verursachen;
der Einfluß der ungarischen Regierung sei nach
der Vorlage vollständig gesichert. Der Dualismus
würde für gefährdet gelten müssen, wenn die An-
nahme Glauben fände, daß auf der Grundlage
des Dualismus ein energisches und consequentes
Wirken nach außen unmöglich sei. Die Vorlage
entspreche der Verfassung und schränke weder
Ungarns noch Oesterreichs Selbständigkeit ein.

Die Beziehungen der beiden Königreiche auf der
pyrenäischen Halbinsel sind seit langer Zeit die
freundschaftlichsten und deren Herzlichkeit soll dem-
nächst bei der Vermählung des Königs Alfonso
in der Entsendung eines portugiesischen Prinzen,
des Herzogs von Coimbra, Bräutigam des Königs
Dom Louis, eine neue Bestätigung erhalten. An
gelegentlichen Rechtsstreiten zwischen beiden Ländern